

Grußwort

aus dem Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Annette Pauly

Dietzenbach, 9. November 2017

Sehr geehrter Herr Kreisbeigeordneter Müller,
sehr geehrte Damen und Herren,

1. Demografischer Wandel und längeres Leben

in Deutschland leben heute rund 22 Millionen Menschen, die älter sind als 60 Jahre. Das sind ungefähr 27 Prozent der Gesamtbevölkerung. Und der Anteil der Älteren steigt. Für 2030 sagen die Statistiker einen Anteil von 35 Prozent voraus. Das heißt: Mehr als jede bzw. jeder Dritte wird älter sein als 60 Jahre.

Wenn diese Zahlen in den Medien genannt werden, könnte man meinen, das wäre eine Bedrohung. Aber das ist falsch! Im Gegenteil: Für die meisten älteren Menschen bedeutet ein längeres Leben gewonnene Jahre. Mehr Zeit für sich selbst, oft für Partner oder Partnerin und oft auch für die Enkelkinder.

Der Erfahrungsschatz der Älteren macht unsere Gesellschaft reicher. Auch weil sie immer länger aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Schon der Sechste Altenbericht hat für ein neues Bild vom Alter und vom Älterwerden, für einen neuen Blick auf die Älteren plädiert. Das Alter heute ist in erster Linie Bereicherung und Chance und keine Last.

Doch auch wenn viele Ältere heute länger aktiv sind, gilt: Je älter ein Mensch wird, desto kleiner wird in der Regel sein Aktionsradius, und desto mehr Zeit verbringt er im näheren Wohnumfeld und in der Wohnung. Die Lebensqualität gerade in dieser Lebensphase hängt deshalb in besonderem Maße von dieser Umgebung ab.

Der Siebte Altenbericht trägt den Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Warum die Kommune? Weil das lokale Umfeld für den Alltag der Menschen eine besondere Bedeutung hat. Das gilt zunächst einmal für alle Generationen. Auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen am Wochenende ausgehen und fragen: Was geht? Was kann ich machen? Und – vor allem – wie komme ich hin und wieder zurück? Nicht alle jüngeren Menschen haben einen Führerschein, nicht alle ein eigenes Auto.

Für ältere Menschen gilt das aber in besonderer Weise. Ältere sind zwar heute per Fernsehen und Smartphone mit der ganzen Welt verbunden. Aber spätestens wenn man nicht mehr Auto fährt und wenn man im Alltag Unterstützung braucht, fragt man wieder: Was geht hier, in meinem Ort? Wie kann ich Menschen treffen, Unterstützung bekommen, und wie kann ich so lange wie möglich in meinem Zuhause bleiben?

Wir wollen heute den Siebten Altenbericht da diskutieren, wo die Sachverständigenkommission die Rahmenbedingungen für das Älterwerden untersucht hat: in den Kommunen.

Diese Veranstaltung in Dietzenbach ist die zweite einer ganzen Reihe von lokalen Fachforen. Wir bringen Menschen und Institutionen zusammen, die in der jeweiligen Region für ältere Menschen tätig sind: Kommunale Politik und Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Kirchengemeinden, Beratungsstellen, Seniorenbeiräte und Seniorenorganisationen, Nachbarschaftshilfen, Wohnungsgesellschaften und Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Schön, dass Sie alle heute hier sind!

Der Bericht trifft Aussagen darüber, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter für alle möglich ist.

Der Kreis Offenbach hat sich dieser Frage schon frühzeitig zugewandt und 1992 durch Kreistagsbeschluss die „Leitstelle Älterwerden“ eingerichtet. Die Leitstelle hat den Auftrag, die Altenpolitik des Kreises Offenbach auf der Grundlage des sogenannten Altenplans umzusetzen. Aus der 2. Fortschreibung des Kreisaltenplans von 2012 stammen die folgenden Zahlen: 2006 waren rund 63.700 Menschen älter als 65 Jahre, 2020 werden es knapp 80.000 und 2030 sogar über 93.000 Menschen sein. Am auffälligsten ist hier – wie übrigens auch anderswo – die Zunahme bei den über 80-Jährigen: Deren Anzahl wird sich bis 2030 mit einem Anstieg um knapp 115 Prozent mehr als verdoppeln – von etwa 15.000 auf dann gut 30.000 Menschen. Was bedeutet das für den Kreis Offenbach und welche Handlungsfelder haben oberste Priorität, wenn wir auf die Lebensqualität älterer Menschen schauen?

Die Leitstelle Älterwerden hat vor Ort schon einiges bewirkt: nach meinem Eindruck ist bei Ihnen in den vergangenen Jahren eine ganze Menge für die älteren Bürgerinnen und Bürger bewirkt worden. Der Altenplan mit seinen Datenanlagen für alle Gemeinden des Kreises ist eine wertvolle Planungsgrundlage, wie sie die Sachverständigenkommission des Altenberichts für die kommunale Ebene fordert. Auf Basis dieser Daten wird geplant und offenbar erfolgreich gestaltet.

Die Leitstelle Älterwerden agiert im Kreis wie eine Spinne im Netz und hat sich aktuell Arbeitsschwerpunkte gesetzt, die sich für mich fast lesen wie die Kapitelüberschriften des Siebten Altenberichts. Schauen wir also auf dessen zentrale Ergebnisse!

2. Ungleichheit als zentraler Befund

Ein zentraler Befund des Siebten Altenberichts ist Ungleichheit. Ungleichheit gibt es zum Beispiel zwischen Männern und Frauen. In der Altersforschung ist das lange Zeit nicht so deutlich gesehen worden, aber der Siebte Altenbericht hat die Geschlechterungleichheiten klar herausgearbeitet: Es gibt mehr alleinlebende alte Frauen als Männer. Die Frauen, die jetzt alt sind, waren im Schnitt weniger erwerbstätig, haben weniger Geld und weniger Rente. Sie haben Kinder großgezogen, den Haushalt geführt und die eigenen Eltern gepflegt. Alles Tätigkeiten, die für die Altersversorgung wenig bringen. Trotz einiger Ausgleichsmechanismen, die es in der Rentenversicherung gibt, befinden sich Frauen im Alter häufiger in problematischen Lebenslagen als Männer. Ganz abgesehen davon, dass

viele ältere Frauen ihre noch älteren Männer pflegen und insofern das fortsetzen, was sie das ganze Leben getan haben: sich ohne Bezahlung um andere Menschen kümmern. Sie sind deshalb im Alter häufiger von Armut bedroht als Männer.

Im Kreis Offenbach werden übrigens mehr als 3/4 und damit die meisten Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt: 78,7 %. (Damit liegt der Kreis noch über den hessischen Durchschnittszahlen von fast genau 3/4, nämlich 75,2 % der Pflegebedürftigen, die zu Hause versorgt werden.

Die Sachverständigenkommission hat sich auch intensiv mit regionalen Unterschieden beschäftigt. Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosigkeit, Kommunen mit einem hohen und solche mit einem niedrigen Anteil älterer Menschen zeigen teils große Unterschiede. Der Bericht gibt allen in Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ein Warnzeichen: Regionale und soziale Ungleichheiten in unserem Land sind inzwischen so groß, dass manche Kommune in der Zukunft nicht mehr in der Lage sein könnte, die Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Dazu darf es nicht kommen. Denn wenn der Staat die Daseinsvorsorge nicht mehr flächendeckend gewährleisten kann, bedeutet das faktisch, dass er den Anspruch aufgibt, überall in Deutschland gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Das wiederum würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft führen.

3. Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam zu neuen Lösungen kommen. Die Sachverständigenkommission sagt: Gebt den Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Und sie schlägt eine sogenannte „Gemeinschaftsaufgabe Demografischer Wandel“ vor. Der Bund soll auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, die Kommunen dauerhaft zu unterstützen. So wie es die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ und auch die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ im jeweiligen Bereich bereits heute ermöglichen.

Die Sachverständigen plädieren außerdem dafür, Gesundheit, Prävention, Pflege, Wohnen und Bauen in Zukunft stärker als eine Einheit zu betrachten und aufeinander abzustimmen.

Das ist ein neuer Blick auf Altenhilfestrukturen: integriert, sozialraumorientiert, generationenübergreifend. Weg von „Versäulung“ – hin zu mehr Vernetzung!

Im Bundesfamilienministerium machen wir Sozialraumorientierung in unserer Förderung stark. Bei den Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz, bei den Mehrgenerationenhäusern, bei der Förderung altersgerechten und gemeinschaftlichen Wohnens und – last but not least auch bei der Demografiewerkstatt Kommunen. Nur gemeinsam kommen wir weiter. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Die aktuellen Sondierungsgespräche für eine Regierungskoalition lassen hoffen, dass es in diese Richtung weitergehen könnte. Die große Bedeutung der Kommunen und deren Gestaltungsmöglichkeiten scheinen jedenfalls alle vier Parteien erkannt zu haben.